



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD: Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 29.04.2021

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht ist es nicht nur eine zufällige Festlegung der Tagesordnung, sondern eine sehr anschauliche Gegenüberstellung, dass wir jetzt Anträge der SPD und der NRW-Koalition von FDP und CDU zu Arbeits- und Wirtschaftspolitik direkt hintereinander beraten. Schon die Schlagworte zeigen es deutlich: Während Sie einen sozial-ökologische Umbau der NRW-Wirtschaft mit Hilfe von staatlichen Interventionen fordern, setzen wir auf eine Entfesselungsoffensive für unsere Wirtschaft.

In meinem Redebeitrag möchte ich vorrangig auf die arbeitspolitischen Forderungen des Antrags eingehen. Da findet sich das bekannte Sammelsurium linker Sozialpolitik: Ausbildungsplatzumlage, Erhöhung Mindestlohn, Regulierungen im Arbeits- und Sozialrecht wie beim Homeoffice, Tarifbindung im Vergaberecht. Das hört sich an wie die Agenda für Grün-Rot-Rot oder ich könnte auch sagen wie eine Horrorvorstellung für unsere Wirtschaft.

Es ist zwar zutreffend, dass die Digitalisierung in Handel und Produktion und die Reaktion auf die Corona-Krise neue Antworten erfordert. Mehr staatliche Regulierung und Interventionen wären aber genau die falschen Antworten. Wir brauchen sicher mehr Qualifizierung und Weiterbildung. Wir müssen aber auch neue Chancen ermöglichen.

Wie ich schon gerade eben in der Debatte zur Aktuellen Stunde ausgeführt habe, brauchen wir weniger politische Einmischung und dafür eine Steigerung der Attraktivität von Tarifverträgen durch mehr Gestaltungsmöglichkeiten der Tarifpartner für die Arbeitswelt der Zukunft. Hier sollten wir Chancen eröffnen statt weitere Regulierungen zu fordern.

Und wenn sich im Antrag etliche bundespolitische Aspekte finden, dann frage ich mich schon, welche Partei in 18 der letzten 22 Jahren den Arbeitsminister auf Bundesebene gestellt hat. Was Sie in Berlin bisher nicht umsetzen konnten, wollen Sie jetzt anscheinend im Vorwahlkampf propagieren.

Ein Beispiel ist Ihre Forderung nach einem Mindestlohn von 12 Euro. Aus unserer Sicht ist die Lohnfindung vorrangige Aufgabe der Tarifpartner. Deshalb ist die Ermittlung in der Mindestlohnkommission sachgerechter als eine politische Festsetzung. Ansonsten würde die nächste Partei 15 Euro fordern und die übernächste dann 20 Euro. Damit hätten wir genau das, was bei der Einführung des Mindestlohns verhindert werden sollte: Einen politischen Überbietungswettbewerb.

Wir wollen aber auch den Menschen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen, die es bisher nicht geschafft haben oder die in die Arbeitslosigkeit geraten sind. Hier müssen wir Hürden ab- und nicht aufbauen. Wer arbeitet, soll am Ende des Tages mehr haben als diejenigen, die nicht arbeiten. Wir wollen aber keinen flächendeckenden Eingriff in die Tarifautonomie. Wir wollen auch keine politische Festsetzung von Löhnen, die ökonomische Grundsätze wie die Orientierung an der Produktivität außer Acht lässt.

Mit unserem Modell des liberalen Bürgergeldes und der Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten können wir ein ausreichendes Einkommen sicherstellen ohne in die Tarifautonomie einzugreifen.

Wir handeln in Nordrhein-Westfalen aber auch ganz konkret. Wir haben in der Beratungsinfrastruktur mit den neuen Beratungsstellen Arbeit ein Angebot geschaffen, das sich gezielt und präventiv auf Arbeitsausbeutung richtet und bietet damit Betroffenen niedrigschwellige und ortsnahe Hilfen.

Ebenso haben wir mit der Ausweitung des NRW-Bildungsschecks und den Initiativen zur Umsetzung des Qualifizierungschancengesetzes die Weiterbildung und lebenslanges Lernen gestärkt. Qualifizierung ist letztlich der Schlüssel, um die Veränderungen aufgrund von Digitalisierung und Strukturwandel zu bewältigen. Diesen Weg sollten wir fortsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!